

GUT
VERTRETEN?
—
UPDATE FÜR
DEMOKRATIE
×

Alternative

Christian Nestler: Die Alternative für Deutschland (AfD)
im Wahljahr 2016



Policy Paper No. 16

Christian Nestler: Die Alternative für Deutschland (AfD) im Wahljahr 2016

Im Rahmen des Projekts »Gut vertreten? Update für Demokratie«
Veranstaltungen und Dokumentationen unter gutvertreten.boell.de

Zum Beitrag

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) gibt es in Deutschland erstmals eine relativ erfolgreiche rechtspopulistische Partei. Nach ihrer Spaltung Mitte des Jahres 2015, in deren Folge der damalige Bundessprecher Bernd Lucke die Partei verließ, sowie einer ersten Schwäche im Zuge der Griechenlandkrise, zeigte sich im Rahmen der Flüchtlingsdebatte, gepaart mit einer klaren Verschiebung »nach rechts«, ein deutlicher Aufstieg in den Umfragen. Die Relevanz dieser Entwicklung für die parlamentarische Demokratie und die politische Kultur der Bundesrepublik ist im Superwahljahr 2016 offenkundig.

Zur Person

CHRISTIAN NESTLER, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Im Rahmen seiner Promotion beschäftigt er sich mit Brüchen und Systemwechseln des 20. Jahrhunderts. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind das politische System Deutschlands sowie die Erforschung neuer Parteien unter dem Blickwinkel von Extremismus und Populismus.



Der Autor dankt Gudrun Heinrich, Martin Koschkar, Jan Müller und Jan Rohgalf von der Universität Rostock sowie Christine Decker von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern für konstruktive Anmerkungen bei der Erstellung des Textes. Am Ende des Beitrages findet sich eine Zusammenstellung der für die Ausführungen konstitutiven wie weiterführenden Literatur zur AfD.

Populismus als Strategie

Ein neuer »Sheriff« ist in der Stadt. Er tut das, was der alte Gesetzeshüter seit Jahren nicht mehr getan hat: Er sorgt für Recht und Ordnung. Korruption, Bonzentum und alle anderen Verfehlungen haben damit ein Ende. Das einzige Problem ist: Die Elite erkennt seine durch das Volk gegebene Legitimation nicht an. Doch das stört ihn nicht; er weiß, er hat Recht. Er ist der Rufer in der Wüste, und er braucht nicht gewählt zu werden. Er wird erst zufrieden sein, wenn der kleine Mann wieder gehört wird – ja, wenn dieser wieder sicher ist.

Ein Bild wie aus einem klassischen Hollywood-Western. Vor dem geistigen Auge spielt Clint Eastwood das Lied vom Tod und John Wayne zieht schneller als sein Gegner. Doch gleichzeitig zeigt dieses Bild auch eine politische Strategie inhaltlicher Kommunikation, die gemeinhin als Populismus bezeichnet wird und sich zunehmender Beliebtheit erfreut.

Entstanden ist der Begriff im 19. Jahrhundert als Ableitung des lateinischen Wortes *populus* (Volk). Neben einer literarischen Stilrichtung wurde er zunächst in Lateinamerika zu einem Mittel der Massenansprache. Die eindimensionale Unterscheidung von rechts und links spielte zunächst keine Rolle. Torcuato di Tella gibt für diesen (klassischen) Populismus folgende Definition: »Bewegung, die besonders die Interessen, die kulturellen Eigenheiten und das spontane Gefühl der einfachen Menschen betont und jenen der privilegierten Elite entgegenstellt.«

Das zentrale Element des Populismus baut auf einem klaren Antagonismus zwischen »denen da oben« und »wir hier unten« auf. Dabei ist »unten« gleichbedeutend mit einer ungehörten und prekären Stellung in der Gesellschaft bzw. im Staat. Der Populist behauptet in seiner Selbstdarstellung, diejenigen unterstützen zu wollen, die sich selbst nicht helfen können. Er sieht sich als Sprachrohr, als politischer Fürsprecher und Vorkämpfer des (einfachen) Volkes.

Populismus in Europa

Im europäischen Raum verändert sich der Populismus, da die Rahmenbedingungen von denen in Lateinamerika abweichen. Die kommunikative Strategie bleibt jedoch sehr ähnlich. In den demokratischen westlichen Wohlfahrtsstaaten existiert durchaus eine privilegierte Elite. Allerdings ist die Gruppe, die sich als »wir hier unten« versteht, nicht in gleicher Weise ausgeschlossen und abgehängt, wie dies jenseits des Atlantiks bis in die Gegenwart der Fall ist. Hinzu kommt, dass die parlamentarischen Demokratien in Verbindung mit der politischen Kultur der Länder die Austragung von Konflikten mehr oder weniger klar geregelt haben. Polarisierung ist denkbar, vielleicht sogar wünschenswert, letztlich müssen aber konsensuale Mehrheitsentscheidungen im Interesse des Gemeinwesens gefunden werden.

Die späteren (rechts-)populistischen Parteien begannen ihre politische Arbeit als »Gegen-den-Mainstream«-Gruppierungen. Den Anfang machten die Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen. Letztere hatte in den 1970er-Jahren Steuersenkungen und die Verteilung des Erdölvermögens gefordert. Neben dieser ökonomischen kamen über die Jahrzehnte eine kulturelle und eine politische Dimension hinzu. So war etwa der französische Front National unter seinem Gründer Jean-Marie Le Pen zunächst eindeutig rechtsextrem. Später bewahrte seine Tochter Marine Le Pen zwar den ideologischen Kern, nutzte aber den Populismus, um durch eine »weichere« Außenwirkung für breitere Schichten wählbar zu werden.

Mit Parlamentssitzen in beinahe allen europäischen Hauptstädten wird inzwischen von einer rechtspopulistischen Parteienfamilie gesprochen. Diese Bezeichnung verdeckt jedoch die eigentliche Heterogenität der Parteien. Die Bandbreite reicht von Spielarten, die den Nationalstaat und seine Identität über die EU und Europa stellt, bis hin zu einwanderungskritischen Parteien, die ökonomisch von neoliberal bis sozial(-istisch) argumentieren.

Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde (2014) mahnt daher an, dass die Vielfalt am rechten Rand größer sei, als es medial gemeinhin dargestellt wird. Er unterscheidet unter anderem populistische rechtsradikale Parteien (Front National und Dänische Volkspartei), rechtsextreme Parteien (Goldene Morgenröte und NPD) sowie neoliberale populistische Parteien (Fünf-Sterne-Bewegung), und zwar jeweils nach ihrem programmatischen Markenkern: Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, und einem Autoritätsglauben, der sich als Untertanengeist zeigt. Die fehlende Fähigkeit, eine rechte Anti-Europa-Fraktion im europäischen Parlament zu konstituieren, unterstreicht die kaum ausgleichsfähigen Partikularismen der einzelnen Parteien.

Allerdings hat die Genese der europäischen Integration in eine supranationale Gemeinschaft der Entstehung rechtspopulistischer Parteien auch ungewollt Vorschub geleistet: Der Ausgleich zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, möglicherweise Ländern, Regionen sowie Nationalstaaten erfordert ein Maximum an Vermittlungsleistung aller Beteiligten. Diese Aufgabe ist bisher nicht erfüllt. Das Fehlen einer einheitlichen Verkehrssprache, einer übergreifenden Medienlandschaft sowie einer ausreichenden Legitimation der Institutionen der Europäischen Union können hierfür als Hauptgründe gelten. Die wachsende Komplexität der politischen Prozesse seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat verschiedene Gegenkräfte auf den Plan gerufen. Diese werden aus der Tradition der politischen Strömungen als rechts- oder linksradikal respektive -extrem bezeichnet.

Bei aller Differenzierung und abweichender Bewertung – von Bereicherung bis Gefährdung für die Demokratie – stellt der Populismus als politische Strategie eine Grundgemeinsamkeit dar. Darüber hinaus sind Parteien durch ihre Führung, ihre Mitglieder und ihre wahltaktischen Erwägungen ständig in Bewegung und in der Veränderung begriffen. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Mudde die Alternative für Deutschland (AfD) vor der Europawahl noch den neoliberalen populistischen Parteien zugeordnet hat. Er unterstellt also eine Absenz von Radikalität, was die Entwicklung seit dem Sommer 2014 durchaus widerlegt. In seiner Typologie wäre sie inzwischen den populistischen rechtsradikalen Parteien zuzuordnen, wie sie beispielsweise durch die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die Schweizer Volkspartei (SVP) repräsentiert werden.

ERSTES ZWISCHENFAZIT: Populismus ist nicht klar als Gegenkraft zur Demokratie auszumachen. Seine Strategie liegt in der Vereinfachung komplexer Sachverhalte. Diese erscheinen dadurch zum Teil absurd oder als einfach lösbar. Er fördert eine Logik der Gegenüberstellung, die ein Freund-Feind-Denken begünstigen kann. Er ist aber nicht zwangsläufig gegen das (politische) System und seine Spielregeln gerichtet. Klar ist jedoch, dass der Populismus eine Strategie ist, welche die demokratische politische Kultur unterläuft und eine positive Partizipation durch eine Anti-Mobilisierung ersetzt.

Neue Parteien in Deutschland haben es schwer

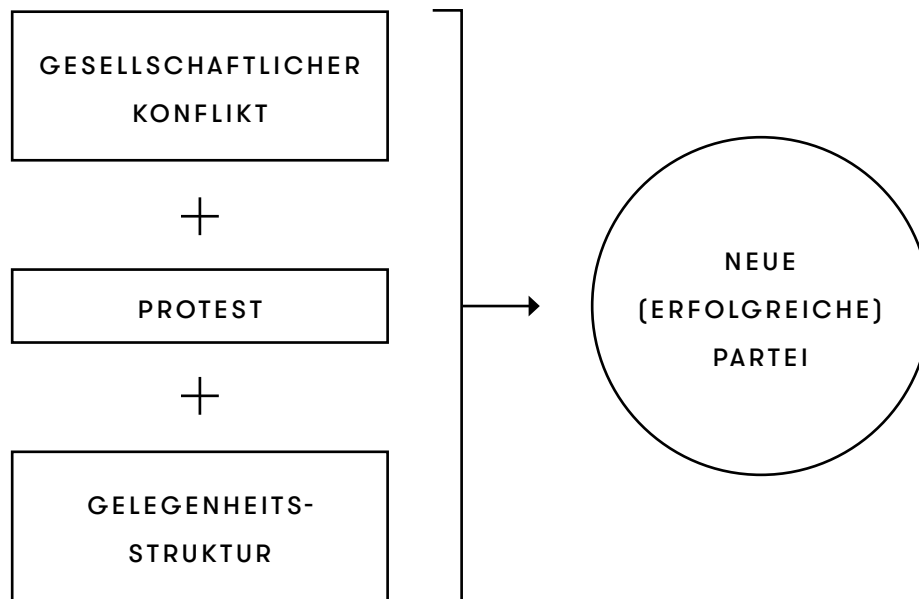
Mit der Gründung der Bundesrepublik auf dem Trümmerhaufen des Nationalsozialismus beginnt eine demokratische Erfolgsgeschichte in der Mitte Europas. Diese findet zwar erst 1989/90 mit der Wiedervereinigung ihre Vollendung, garantiert aber von Beginn an Frieden, Wohlstand und Stabilität für die eigene Bevölkerung. Dazu wurden von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes gewisse Sicherheiten in die Verfassung eingebaut. Dies schließt in der Rechtsprechung sowohl das Parteienprivileg als auch die beiden Parteienverbote gegen die Sozialistische Reichspartei (1952) und die Kommunistische Partei Deutschlands (1956) ein. Verbunden mit der demokratischen Praxis einer auf Konsens und Ausgleich zielenden politischen Kultur, erfolgte eine Konzentration auf wenige Parteien. Positionen rechts von CDU/CSU galten bereits als extrem und der Aufstieg neuer Parteien war durch hohe »Einstiegshürden« behindert. Erfolgreiche Gegenbeispiele sind lediglich die Grünen seit Ende der 1970er-Jahre und die PDS/LINKE seit 1990.

Am rechten Rand gab es mit der NPD, den Republikanern, der Schill-Partei oder der DVU temporär erfolgreiche Akteure. Allerdings waren diese stets lokal oder zumindest auf die Länderebene beschränkt. Seit den 1960er-Jahren gab es neben Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP, Linkspartei und SPD keine Partei, die in der Lage gewesen wäre, die Fünf-Prozent-Hürde (Sperrklausel) zu überspringen und somit in den Bundestag einzuziehen.

Neben einer mehrheitlichen Ablehnung dieser rechten Parteiprojekte in der deutschen Gesellschaft fehlte diesen auch die Möglichkeit, einen grundlegenden Konflikt zeitgemäß zu instrumentalisieren. Aus dem Aufkommen der Grünen lassen sich idealtypische Elemente ableiten, die für eine langfristig erfolgreiche Partei nötig sind (→ ABB. 1). So bestand ein gesellschaftlicher Konflikt – materielle vs. postmaterielle Werte –, der über Protest zunächst ein Ventil, aber auch bereits eine erste Organisationsform fand. Die Gelegenheitsstruktur war dadurch gegeben, dass zum Zeitpunkt der Etablierung der Grünen lediglich drei Parteien im Bundestag vertreten waren. Diesen fehlte die Glaubwürdigkeit, neue Themen aufzunehmen, wodurch eine Motivation in der Bevölkerung entstand, ein neues Vehikel für die eigenen aktuellen Themen und Interessen zu finden bzw. zu schaffen. Die entstehende Grünen-Partei konnte diese Stimmen auf sich vereinen und daher in Parlamente einziehen. Der langfristige Erfolg und damit die Etablierung sind anschließend davon abhängig, ob es der neuen Partei gelingt, die Wählerinnen und Wähler langfristig an sich zu binden. Den Bündnisgrünen ist dies gelungen.

ABB. 1:

GELEGENHEITSSTRUKTUR NEUER PARTEIEN IN DER BUNDESREPUBLIK



Quelle: Eigene Darstellung nach Nestler (2015), S. 262.

ZWEITES ZWISCHENFAZIT: In der Analogie zu den heutigen Bündnisgrünen stellt sich die Geschichte der AfD als das Ausnutzen einer vorhandenen Gelegenheitsstruktur dar. Die Etablierung der Rechtspopulisten ist dabei keineswegs abgeschlossen. Es zeigt sich eine augenfällige Parallele zur Entwicklung der jungen Grünen-Partei. Als Gruppierung gegen die anderen – »alten« – und lange etablierten Parteien gelingt es ihnen, Protest zu mobilisieren. Gleichzeitig bestimmen Konflikte zwischen Führungspersonen um programmatische Standpunkte sowie eine ambivalente öffentliche Wahrnehmung das Bild. Ein klares politisches Profil bildet sich erst langsam heraus.

Die Gelegenheitsstruktur für die AfD

Vorgeschichte und programmatisches Stand- und Spielbein

Die AfD ist eine sehr junge Partei, wurde sie doch erst im Februar 2013 gegründet. Dabei zeichnet sich gerade die Gründungsgruppe um Bernd Lucke, Alexander Gauland, Joachim Starbatty, Beatrix von Storch, Konrad Adam usw. dadurch aus, dass sie zum Teil bereits seit den frühen 1990er-Jahren ihren Unmut gegen »diese« Bundesrepublik auf die eine oder andere Weise kundgetan hat. Gemein ist ihnen gleichfalls, dass sie zuvor Mitglieder anderer Parteien wie der CDU oder FDP gewesen waren. Die Gründungsmotivation, die im ersten Programm zur Bundestagswahl 2013 deutlich wird, war die der Anti-Euro-Rebellen.

»[Präambel] In ernster Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland und in der Europäischen Union haben wir die Partei Alternative für Deutschland gegründet. Die europäische Schulden- und Währungskrise hat viele Menschen davon überzeugt, dass die Altparteien zu einer nachhaltigen, transparenten, bürgernahen, rechtsstaatlichen und demokratischen Politik nicht imstande oder nicht willens sind. Wir formulieren Alternativen zu einer angeblich alternativlosen Politik. Dabei bejahen wir uneingeschränkt die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die im Grundgesetz und in den Römischen Verträgen angelegte friedliche Einigung Europas.«
(Satzung der Partei vom 14.4.2013)

Die Positionierung ist klar erkennbar und repräsentiert ein (un-)bewusstes Verständnis für eine vorhandene politische Gelegenheit. In der Eurorettungspolitik hatte die Bundeskanzlerin das Wort »alternativlos« geprägt, das anschließend gar zum Unwort des Jahres 2010 gekürt wurde. Der Bundestag hatte die Hilfspakete für Griechenland nur gegen die Stimmen der Linksfraktion verabschiedet. Im Sinne einer Gelegenheitsstruktur ist die AfD das Vehikel für entsprechend gegenläufige Interessen. Die AfD kanalisierte jenes in der Bevölkerung vorhandene Bedürfnis nach Diskussion bzw. den Wunsch nach anderen Entscheidungen – laut Meinungsforschung traf dies für ein Drittel der Bevölkerung zu, welches sich nicht gehört respektive berücksichtigt fühlte.

Abseits der Selbstdarstellung und der medialen Wahrnehmung als Sprachrohr der EU-Kritik sind bereits in der Gründungsgruppe Themen wie nationale Identität, Einwanderungsfragen, die klassische Familie und – einem Spielbein gleich – andere,

ausgesprochen konservative Themen verankert. Diese drängten nach der Europawahl 2014 mit den ostdeutschen Landtagswahlen im August und September desselben Jahres in den Vordergrund und wurden sukzessive zum neuen Standbein. Die Wahlerfolge schufen entsprechende »Hausmächte« und den Anspruch, sich klarer zu positionieren. Die Partei bewegte sich zunehmend weg von Euro(pa)fragen hin zu nationalkonservativen Anliegen. Gleichfalls geriert sich die Partei ab diesem Zeitpunkt als neue »Volkspartei«. Abseits der politikwissenschaftlichen Definition behauptet die AfD, sie sei die Partei des bisher »schweigenden« oder nicht repräsentierten Volkes:

»Wir sind eine neue Bewegung aus der Mitte vieler besorgter und verantwortungsbewusster Bürger, die das Versagen der politischen Führung in der Eurokrise und bei der Bewältigung politischer Probleme nicht mehr ertragen konnten und wollten. Die Zeit, die Alternative für Deutschland zu ignorieren, ist vorbei. Mit einem sehr guten Wahlergebnis sind wir am 25. Mai 2014 in das Europäische Parlament eingezogen. Zudem gibt es jetzt auch viele Stadt- und Gemeinderäte aus den Reihen der AfD.« (Politische Leitlinien 2014)

In der programmatischen Ausrichtung wie in der öffentlichen und internen Rhetorik sind von Beginn an die Stilelemente des Populismus zu erkennen. Durch das Erstarren des rechten Flügels lässt sich nun folgerichtig von einer rechtspopulistischen Partei sprechen. Das Zitat liefert hierfür ein Füllhorn an Belegen: Zunächst die Selbstbenennung als Bewegung aus der Mitte vieler besorgter Bürgerinnen und Bürger. Es soll sich eben nicht um eine Partei im eigentlichen Sinne handeln, weshalb auch nicht auf die erreichten Stimmenergebnisse bei Wahlen verwiesen wird, sondern auf das Volk, welches in Parlamenten eben nicht mehr repräsentiert wird. Das Gegenbild, die unfähige Führung, die konkret in der Eurokrise versagt hat, findet sich ebenfalls.

Wahlerfolgsgeschichte: Themenabhängigkeit und Spaltung

An den Wahlteilnahmen und -ergebnissen lässt sich die Entwicklung der Partei allgemein gut nachzeichnen (→ TAB. 1). Vor ihrer Gründung trat sie zusammen mit den Freien Wählern als Wahlalternative 2013 zur Landtagswahl in Niedersachsen an. Unter den besonderen Rahmenbedingungen eines FDP-Leihstimmenwahlkampfes und aufgrund der diffusen Zielstellung der neuen Partei reichte es jedoch gerade einmal für 1,1 Prozent. Unter dem eigenen Label AfD gelingt bei der Bundestagswahl acht Monate später mit 4,7 Prozent aber bereits das beste Zweitstimmenergebnis einer neu angetretenen Partei seit 1949. Trotz der rund 2,05 Millionen

Stimmen scheiterte die AfD jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde. Zur Europawahl im Mai 2014 blieb der Zuspruch vergleichbar. Eine allgemein geringe Wahlbeteiligung und das Fehlen einer Sperrklausel brachten 7,1 Prozent der Stimmen. Im Europaparlament erhielt man sieben Mandate und ging, unter anderem zusammen mit den britischen Tories und der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), in die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR). Ein Marketingerfolg des damaligen Bundessprechers Bernd Lucke: Er hatte seine Partei in die Riege der EU-skeptischen und nicht, wie gemutmaßt, in die der rechtsextremen Parteien eingereiht.

Die parallel stattfindenden Kommunalwahlen (→ TAB. 1) zeigten allerdings ein anderes Ergebnis: Mit dem Thema »Euro und Europa« war in den Kommunen – mit eher unbekannten Kandidatinnen und Kandidaten, die mehrheitlich Politikneulinge waren – kein Staat zu machen. Dies zeigte sich beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, wo die Partei bei der Europawahl noch 7,0 Prozent der Stimmen erhielt, in den Kommunen jedoch nur 4,2 Prozent erreichen konnte.

Mit den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg erlebte die Partei einen Hype: Zwar war das Ergebnis von 9,7 Prozent im lange CDU-dominierten südöstlichen Freistaat zu erwarten gewesen, die anderen beiden Bundesländer lagen jedoch mit 10,6 bzw. 12,2 Prozent deutlich über dem Vergleichswert der Bundestagswahl 2013. Infolgedessen waren nun die drei Landesvorsitzenden und jetzigen Fraktionsführer – Frauke Petry, Björn Höcke und Alexander Gauland – die Gegenspieler im parteiinternen Machtkampf gegen den neoliberalen Flügel um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel.

Die politische Verortung der Partei wurde auf die Tagesordnung gesetzt. Die Fronten zeigten sich beispielsweise in der erzkonservativen »Erfurter Resolution«, dem »Weckruf 2015« von Bernd Lucke sowie dem Umgang mit den Dresdner »Spaziergängern« der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA). Dabei brach sich der Streit scheinbar in Fragen der Organisation und Programmatik Bahn, etwa wenn diskutiert wurde, wie viele Sprecher die Partei ab einem Zeitpunkt X haben solle und wann man in der Lage sein würde, ein verbindliches Programm zu formulieren. Seinen Höhepunkt erreichte der Konflikt mit dem außerordentlichen Bundesparteitag in Essen am 4./5. Juli 2015. Gegen die Erwartung des »Gesichts der Partei«, Bernd Lucke, wurde Frauke Petry zur Bundessprecherin gewählt. In der Folge trat Lucke mit seinen Getreuen aus der AfD aus, die zu diesem Zeitpunkt gut 20.000 Mitglieder zählte, und gründete die Partei ALFA.

TABELLE 1:
WAHLERGEBNISSE DER AFD 2013 BIS 2015

Wahl	Wahlkreis- bzw. Erststimmen	Listen- bzw. Zweitstimmen ¹	Listen- bzw. Zweitstimmen [in %]
Landtagswahl Niedersachsen 2013 ²	39.132	39.714	1,1
Landtagswahl Bayern 2013	-	-	-
Landtagswahl Hessen 2013	42.721	126.906	4,1
Bundestagswahl 2013	810.915	2.056.985	4,7
Kommunalwahl Baden-Württemberg 2014	-	-	-
Kommunalwahl Brandenburg 2014	-	109.070	3,9
Kommunalwahl Hamburg 2014 ³	-	-	-
Kommunalwahl Mecklenburg-Vorpommern 2014	-	77.263	4,2
Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen 2014	-	179.398	2,6
Kommunalwahl Rheinland-Pfalz 2014	-	51.555	3,0
Kommunalwahl Saarland 2014	-	22.459	5,3
Kommunalwahl Sachsen 2014	-	266.829	5,7
Kommunalwahl Sachsen-Anhalt 2014	-	55.273	2,3
Kommunalwahl Thüringen 2014 ³	-	-	-
Europawahl 2014	-	2.070.014	7,1
Landtagswahl Sachsen 2014	105.024	159.611	9,7
Landtagswahl Thüringen 2014	20.833	99.545	10,6
Landtagswahl Brandenburg 2014	88.330	120.077	12,2
Landtagswahl Hamburg 2015	217.144	214.833	6,1
Landtagswahl Bremen 2015	-	64.310	5,5

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den jeweiligen amtlichen Endergebnissen.

- ¹ Für die Kommunalwahlen ist aufgrund der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens (je 3 Stimmen, Häufungen sind möglich) die tatsächliche Anzahl von AfD-Wählerinnen und -wählern nicht zu ermitteln.
- ² In Niedersachsen war noch die sogenannte Wahlalternative 2013 zusammen mit den Freien Wählern angetreten.
- ³ Über die Landeswahlleiter Baden-Württemberg, Hamburg und Thüringen sind nur Zahlen für die etablierten Parteien zu erhalten.

DRITTES ZWISCHENFAZIT: Die AfD erfreut sich trotz der Tatsache, dass sie in den Medien zwar breit, aber eher negativ vorkommt, eines regen Zuspruchs bei Wahlen. Sie kanalisierte dabei zunächst bis Mitte 2015 die Euro- und Europakritik, um dann primär mit nationaler Identität und Fragen der Migration zu reüssieren. Innerparteiliche Streitigkeiten, eine Spaltung und ausgesprochen krude, fremdenfeindliche und nationalchauvinistische Aussagen von Führungsfiguren in den Medien schaden ihr nicht. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass das polternde »Dagegensein« in Teilen der Bevölkerung honoriert wird. Die Partei profitiert insgesamt von der vorhandenen Gelegenheitsstruktur und der kontinuierlich wahrgenommenen Relevanz ihrer zentralen Themen.

AfD und ALFA – zwei Seiten einer Medaille?

Die Spaltung der Partei kann als Ergebnis eines Richtungs- und Führungsstreits interpretiert werden. Das Gründungspersonal vertrat differente Ansichten darüber, was (zukünftig) das Standbein der Partei sein sollte. Dass das Thema »Euro und Europa« unter rein wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten für die Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten Mitte 2015 nicht *en vogue* war, zeigt der Blick in die Meinungsforschung (→ TAB. 2). Die neuerliche Griechenlandkrise parallel zur Spaltung der Partei führte zu einem Umfragetief. Ab September 2015 sorgte die sogenannte Flüchtlingskrise jedoch für ein Stimmungshoch, mit unterschiedlichen Ausschlägen in den Bundesländern. Diese resultierten aus regionalen Spezifika, der soziodemografischen Struktur und der politischen Kultur.

Insgesamt setzte sich dieser Trend über den Winter 2015/16 fort. Dies ist insofern überraschend, als etwa Frauke Petry an den Grenzen auf Flüchtlinge schießen lassen wollte und Beatrix von Storch explizit Frauen und Kinder als mögliche Ziele einer »Grenzverteidigung« ausmachte. Der anhaltende Zuspruch ist der Tatsache geschuldet, dass angesichts der Präsenz des Themas »Geflüchtete und Zuwanderung« der Eindruck entsteht, die Bundestags- und besonders die Regierungsparteien könnten keine grundlegende Lösung präsentieren. Diese sind bei einer globalen Herausforderung im Kanon der europäischen Staaten jedoch nur eine Stimme, die ein Vorgehen vorschlagen kann. Bei fortbestehenden Fluchtursachen im Nahen Osten und in Afrika ist der Anspruch, ein »Heilmittel« gefunden zu haben, ohnehin trügerisch.

In dieser Gemengelage lässt sich eine Wechselwirkung im Parteienwettbewerb ausmachen. Der Aufwärtstrend der AfD führt zu Reaktionen in den etablierten Parteien. Hier ist insbesondere die Kritik innerhalb der Union an der Führung der Bundes-

kanzlerin Angela Merkel anzuführen. Nicht »Wir schaffen das!«, sondern »Das schafft uns!« ist hier vom bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer bis hin zum CDU-Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Lorenz Caffier, zu hören. In gleicher Weise zeichnet sich der Koalitionspartner im Bund, die SPD, durch Wankelmut aus.

TABELLE 2:

UMFRAGEWERTE AUF BUNDES- UND LANDESEBENE FÜR DIE AFD
VON JULI 2015 BIS MÄRZ 2016

Ebene/Monat	Juli 2015	Sept 2015	Nov 2015	Jan 2016	März 2016
Bundestag	4%	4%	8%	10%	12%
Baden-Württemberg	4%	5%	6%	10%	11%
Rheinland-Pfalz	3%	4%	7%	9%	11%
Sachsen-Anhalt	6%	7%	13,5%	15%	19%
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	5,5%	16%
Berlin	3%	3%	4%	7%	7%

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten diverser Umfrageinstitute
[Dukath, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, GMS, Infratest dimap, INSA, YouGov].

Umfragen sind natürlich keine genauen Voraussagen von Wahlergebnissen. Je nach Anzahl der Befragten und der Qualität der Stichprobe ergeben sich selbst bei seriösen Befragungen Abweichungen von zwei bis fünf Prozent. Interessant ist gleichwohl das Abschneiden der einzelnen Länder im Vergleich zum gemessenen Wert einer potenziellen Bundestagswahl. Hier zeigt sich, dass die ostdeutschen Bundesländer im Regelfall über diesem Durchschnitt liegen. In allen bisherigen Wahlen (VGL. TABELLEN 1–3) hat sich diese Tendenz bestätigt.

Der Aufstieg der AfD in der Meinungsforschung seit September 2015 ist daher als Reaktion auf die neue Herausforderung im Feld Migration zu verstehen, die von den etablierten Parteien aus Sicht der Bevölkerung nur unzureichend bewältigt wird. Zwar wird auch der rechtspopulistischen Partei nicht die Fähigkeit zugeschrieben, dieses Problem adäquat zu lösen, doch sie wird unterstützt, weil sie Sorgen und Ängste verbalisiert.

Gleichzeitig bietet sich ALFA als das »alte« Standbein der AfD im Parteienwettbewerb an. Sie wird allerdings nur bedingt öffentlich wahrgenommen und spielte in Umfragen und Wahlen bisher keine Rolle. Das Sticheln und Kratzen der neuen Lucke-Partei gegen die ehemaligen Weggefährtinnen und -gefährten hilft ihr in der politischen Auseinandersetzung nicht weiter. Inhaltlich ist sie – bis zum Plagiatsverdacht – ähnlich ausgerichtet wie ihre »Schwesterpartei«. Die stärkere Betonung von Wirtschaftsfragen und ein akademischer Habitus – also die Behauptung von Kompetenz durch die Einbindung von zahlreichen Professoren – hatten ihre Protagonistinnen und Protagonisten bereits vor der Trennung für sich beansprucht.

Die Märzahlen 2016

Die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben am 13. März mit stark gesteigener Beteiligung ihre Landesparlamente gewählt. Die AfD hat dabei stärker als bei allen bisherigen Wahlen abgeschnitten (→ TAB. 3) und ist nun in acht von sechzehn Landtagen vertreten. Die Wahlkämpfe und Abstimmungen in den Bundesländern waren ungewöhnlich intensiv vom Bundestrend überlagert worden. Beobachterinnen und Beobachter konnten sich nicht des Eindrucks erwehren, dass es sich um »Bundesstimmungswahlen« handelte. In der Wahlforschung ist das Phänomen als *mid terms* bekannt. Dabei sind die Zustimmungswerte zur Regierungspartei relativ niedrig und ein »Denkzettelverhalten« motiviert Teile des Elektorats. Besonders die AfD, und zu einem wesentlich kleineren Teil die FDP, konnten diese Stimmung für sich nutzen.

TABELLE 3:

WAHLERGEBNISSE DER AFD 2016

Wahl	Wahlkreis- bzw. Erststimmen	Listen- bzw. Zweitstimmen	Listen- bzw. Zweitstimmen (in %)
Landtagswahl Baden-Württemberg 2016	809.311	–	15,1
Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016	147.699	268.628	12,6
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016	257.208	272.496	24,3

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den jeweiligen amtlichen Endergebnissen.

Sieht man davon ab, dass die AfD stark zulegen konnte, so sind zwei Fakten augenfällig. Der Partei gelingt es erstmals, Direktmandate zu gewinnen, und alle drei Länder liegen über dem zuletzt erhobenen Bundestrend.

VIERTES ZWISCHENFAZIT: Die AfD ist ein Protestvehikel. Forciert durch das Vorhandensein einer für sie günstigen Gelegenheitsstruktur besetzt sie ein Thema, welches in dieser Art keine der im Bundestag vertretenen Parteien glaubwürdig vertreten kann. Sie mobilisiert und kanalisiert neben deutlicher Kritik am Regierungshandeln vor allem Angst und Wut in der Bevölkerung. Sie bietet aber keine machbaren Lösungsansätze und spitzt die öffentliche Diskussion durch menschenfeindliche Äußerungen weiter zu. Hierdurch wird ein Kompromiss zusätzlich erschwert, von einem Konsens ganz abgesehen.

Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern

Mit den Märzahlen im Rückspiegel lohnt der Blick auf eines der Länder, in dem die Wählerinnen und Wähler in diesem Jahr noch an die Wahlurne gehen werden. Mecklenburg-Vorpommern gilt als »Land am Rand« und ist im föderalen Staat mit geringem Gewicht ausgestattet. Ländlich und landwirtschaftlich geprägt, leben hier 69 Personen pro Quadratkilometer. Der Charakter als Flächenland zeigt sich auch daran, dass seit der Kreisgebietsreform 2011 drei der Landkreise größer sind als das Saarland. 2014 lag der Anteil der ausländischen Bevölkerung bei 2,8 Prozent der rund 1,6 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner. Im Zuge der »Flüchtlingskrise« seit 2015 werden diese Zahlen nicht signifikant ansteigen. Durch die föderale Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel kommen lediglich zwei Prozent aller in Deutschland Asylsuchenden ins Bundesland.

Seit der Wiedervereinigung 1990 ist Mecklenburg-Vorpommern ein »Laboratorium« für politische und gesellschaftliche Prozesse – etwa im Umgang mit der wirtschaftlichen und demografischen Struktur, unter anderem als Folge der Abwicklung der sozialistischen Planwirtschaft. Die hieraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderung schuf die Möglichkeit der Verfestigung von Rechtsextremismus in der Bevölkerung und in Form der NPD. Demgegenüber ist mit der Etablierung einer florierenden Tourismuswirtschaft und beispielsweise der ersten Regierungsbeteiligung der Linkspartei – damals noch PDS – auf Landesebene im positiven Sinne Geschichte geschrieben worden.

Politisch wird das Land seit 1998 von der SPD regiert. Seit 2006 sitzt die rechtsextreme NPD im Landtag, und kleine respektive neue Parteien haben es gemeinhin schwer, Sitze im Schweriner Schloss zu gewinnen. Durch eine fehlende regionale Verankerung ist die Kontinuität häufig nicht gegeben. So konnte die FDP überhaupt erst zweimal eine Fraktion stellen und war beide Male auf einen ausgesprochen starken Rückenwind der Bundesebene angewiesen. Bündnis 90/Die Grünen haben es 1990 durch einen wahltaktischen Missgriff versäumt, ins Parlament einzuziehen. Sie schafften erstmals 2011 den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird es für die AfD gleichfalls eine Herausforderung, am 4. September 2016 Mandate zu erringen. Der im April 2013 konstituierte Landesverband ist in der Bundespartei randständig; aus dessen Kreis wurde niemand in ein Bundesgremium gewählt. Die bisherigen Wahlteilnahmen zeichneten sich ebenfalls nur durch begrenzte Erfolge aus (→ TAB. 4).

Von besonderem Interesse ist für das Bundesland die Koexistenz von AfD und NPD, die sich bisher bereits in Kreistagen und Gemeindevertretungen begegnen. Beide Parteien erhalten gleichzeitig Zuspruch. Im Detail zeigt sich bei der Kommunalwahl 2014, dass die AfD dort besonders stark ist, wo die NPD nicht antritt (Wahlkreis Schwerin). Angesichts des laufenden NPD-Verbotsverfahrens sind einige Rahmenbedingungen für die künftigen Wahlen daher noch nicht festgelegt.

TABELLE 4:

ERGEBNISSE BEI DEN WAHLEN 2009 BIS 2014
IN MECKLENBURG-VORPOMMERN (IN %)

Wahl/Partei	CDU	Die LINKE	SPD	B90/Grüne	FDP	AfD	NPD
Kommunalwahl 2009	31,8	21,6	19,3	5,0	8,7	–	3,2
Europawahl 2009	32,3	23,5	16,7	5,5	7,6	–	–
Bundestagswahl 2009	33,1	29,0	16,6	5,5	9,8	–	3,3
Landtagswahl 2011	23,0	18,4	35,6	8,7	2,8	–	6,0
Kommunalwahl 2014	33,0	19,7	18,9	5,8	3,3	4,2	3,2
Europawahl 2014	34,6	19,6	21,2	5,1	1,9	7,0	3,0

Quelle: Daten des statistischen Landesamtes.

Infolge der Spaltung in AfD und ALFA hat sich für den Landesverband nur eine sehr geringe Veränderung ergeben. So gingen anfänglich nur zwei Mandate auf kommunaler Ebene verloren, die inzwischen durch Übertritte eines CDU-Abgeordneten sowie eines Mandatsträgers der Freien Wähler wieder ausgeglichen worden sind. Die konstante Mitgliederzahl von 420 (nach Angaben der AfD) – auch über die Trennung von AfD und ALFA hinweg – ist als Indikator für eine Positionierung aufseiten des ehemaligen Petry-Höcke-Gauland-Flügels zu werten. Als Landessprecher und Spitzenkandidaten für die Landtagswahl fungieren der ehemalige Radiomoderator Leif-Erik Holm und Richter Matthias Manthei.

An dieser Stelle soll der Fokus geschärft und die Rhetorik wie die Verwendung des Stilmittels Populismus mit drei Beispielen nochmals unterstrichen werden. Als Basis dienen Aussagen von Petra Federau und Holger Arppe in öffentlich zugänglichen Medien. Erstere war zunächst Landessprecherin in Thüringen und steht auf Platz 3 der Landesliste für die Wahl am 4. September 2016. Arppe ist Abgeordneter der Rostocker Bürgerschaft und wegen Volksverhetzung in erster Instanz verurteilt. Er steht auf Listenplatz 4.

Petra Federau in der Schweriner Stadtvertretung zum Thema »Zuwanderung« (15.9.2014):

- »Das TROJANISCHE PFERD wiehert vor Lachen über die deutsche Gastfreundschaft.«
- »»Notfalls müssten Ferienwohnungen beschlagnahmt werden.«
– Ja, haben die noch alle Tassen im Schrank?«
- »Werden wir demnächst zwangsverpflichtet, Flüchtlinge zuhause aufzunehmen?«
- »Und ich dachte schon, wir müssen nun für die bessere Willkommenskultur auch noch Afrikanisch lernen.«

Holger Arppe auf seiner öffentlichen Facebook-Seite zur internationalen Politik in Reaktion auf die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Lage der Nation (2015):

- »Einer der wenigen normalen Politiker westlich des Ural und neben Viktor Orban der wohl einzige Staatsmann von Format spricht.«

Holger Arppe zum Abbruch einer AfD-Parteiveranstaltung an der Lüneburger Leuphana Universität auf seiner öffentlichen Facebook-Seite (2015):

- »NOCH MÖGEN VON DEN BLOCKPARTEIEN AUFGEHETZTE STUDENTEN im Stil der SA die Veranstaltungen der AfD stören. Noch mögen selbstgefällige Akademiker ihre privilegierte Stellung missbrauchen, um an den Hochschulen verfassungsfeindliche Umtriebe zu fördern. Noch mögen sie im Bunde mit gewalttätigen Linksextremisten eine demokratische Partei im Namen der Toleranz vom Campus jagen und sich dafür vom NDR feiern lassen. Doch nicht mehr lange. Wir werden am Ende über all das triumphieren, den deutschen Augiasstall gründlich ausmisten und aus diesem Land endlich wieder das machen, was es vor langer Zeit vielleicht schon einmal war: eine Demokratie.«

Dass es sich nicht um unbedeutende »Einzelfälle« handelt, wie die Partei gerne behauptet, zeigt schon die Frequenz, mit der solche Aussagen platziert werden. So sprach Federau auf dem Nominierungsparteitag zur Landtagswahl im Februar 2016 in Demmin beispielsweise von einer »Umvolkung«, die durch die Politik der Bundesregierung in Deutschland zu befürchten sei. Die fast 200 Anwesenden applaudierten kräftig. Niemand hielt es für nötig, gegen die Formulierung zu

protestieren. Raum solcher Wortmeldungen sind vorzugsweise die sozialen Medien und Parteiveranstaltungen.

FÜNFTES ZWISCHENFAZIT: Die AfD ist in Mecklenburg-Vorpommern in einer schwierigen Situation. Genauso wie andere neue und kleine Parteien fehlt ihr die regionale Verankerung, um von einem sicheren Einzug ins Landesparlament ausgehen zu können. Die Partei verortet sich entsprechend ihrer potenziellen Klientel, welche bisher zum Teil die rechtsextreme NPD unterstützt hat, deutlich rechts der Mitte. Dies belegen die hier zitierten Aussagen der Vertreterinnen und Vertreter der AfD.

Die kommenden Wahlen – ein Ausblick ohne Prognose

Die Erfolgswelle, auf der die AfD seit der Europawahl 2014 schwimmt, ist derzeit ungebrochen – gerade ob der Persistenz des Themas »Migration«. Dabei lebt sie als populistische Partei von ihrer Funktion als Sprachrohr für unzufriedene Bürgerinnen und Bürger. Sie ist Protestvehikel, ohne dabei realisierbare Lösungen für die als problematisch empfundenen Fragen anzubieten. Anders als die Partei behauptet, bekommt die AfD in den Medien – von ihr selbst als Pinocchio- oder Lügenpresse bezeichnet – ausgesprochen viel Aufmerksamkeit. Eine Ignoranz ihres Vorhandenseins oder eine Pauschalisierung ihrer politischen Positionen wäre jedoch in jedem Fall verfehlt. Im digitalen Zeitalter existieren zahlreiche Kommunikationskanäle, die einen Informationsaustausch abseits von Presse, Funk und Fernsehen ermöglichen. Für den Umgang mit Vertreterinnen und Vertretern der AfD fehlen einfache Lösungen. Gegenüber der rechtsextremen NPD hatte man sich im Landtag auf den sogenannten »Schweriner Weg« geeinigt, durch den Anträge der NPD aufgrund ihres ideologischen Hintergrunds konsequent abgelehnt wurden. Eine solche Ausgrenzung kommt gegenüber der AfD nicht infrage.

Nach den ersten Wahlen des Jahres 2016 besteht die Gewissheit, dass die AfD in den Landesparlamenten der Bundesrepublik Deutschland angekommen ist. Sie hat ihren Blick nun klar auf eine mögliche Bundestagsfraktion gerichtet. Das Erreichen dieses Ziels ist mit zweistelligen Umfragewerten für das Parlament in Berlin zum aktuellen Zeitpunkt durchaus realistisch. Zunächst hat die AfD sich jedoch bei den Landtagswahlen 2016 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie 2017 im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu beweisen. Allerdings hängt die Fortsetzung des bisherigen Trends stark von der weiteren Brisanz des Flüchtlingsthemas ab. Nimmt diese Polarisierung ab, werden die Performanz in den Landtagsfraktionen und damit auch der Erhalt des Images als »Nicht-Altpartei« zunehmend relevant werden.

Umgang mit und Entwicklungsszenarien der AfD

Abschließend werden im Folgenden einige Thesen respektive Szenarien zur möglichen Entwicklung der AfD vorgestellt. Darüber hinaus finden sich am Ende »Umgangsformen« mit dem Stilmittel Populismus. Diese stehen bewusst am Ende dieser Ausführungen, um die lebensweltliche Situation des Phänomens zu zeigen: Umgangsformen müssen gefunden werden.

Allgemeine Entwicklung

- Durch ein Thema hochgespült und gestärkt, hat die AfD Chancen auf eine langfristige Etablierung. Daraus folgt, dass Deutschland – nach Jahren der Ausnahme in Europa – schließlich auch eine erfolgreiche rechtspopulistische Partei hat. Dies sollte ein Stück weit als Normalisierung betrachtet werden.
- Es gibt kein Motiv, die AfD als politischen Akteur aus dem Parteienwettbewerb oder der Parlamentsarbeit auszuschließen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Partei ist Pflicht und entspricht einem demokratischen und pluralistischen Weltbild sowie Selbstverständnis. Dies ist weder gleichbedeutend mit einer Befürwortung ihres Programms noch eine Tolerierung menschenfeindlicher Aussagen ihrer Abgeordneten oder der Handlungen ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten.
- Je nachdem, wie die Partei sich in Zukunft selbst positionieren wird, kann sie eine Herausforderung für klassische Koalitionsmodelle darstellen. So sind auf Länderebene Zweierbündnisse – selbst von CDU und SPD – kein Garant mehr für ausreichende Mehrheiten. Die AfD wird zeigen müssen, ob sie mehr als eine Protestpartei mit Blockadefähigkeit sein kann. Bisher ist sie nicht koalitionsfähig. Indirekt besitzt sie aber Macht, und damit auch in gleichem Maße Verantwortung.

Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

- Für die Wahl am 4. September 2016 kann sich die Partei deutliche Hoffnungen auf einen Einzug in den Landtag machen. Die allgemeine Stimmungslage sowie eine zu vermutende Persistenz des Themas »Migration« sind Katalysatoren eines aktuell bereits in Umfragen angedeuteten Ergebnisses.
- Dies würde insbesondere für den Fall gelten, dass die rechtsextreme NPD zu diesem Zeitpunkt bereits verboten wäre. Die Wanderung eines Teils der Wählerschaft zu den Rechtspopulisten wäre dann zu erwarten. Grundsätzlich bleibt die Partei aber vom Bundestrend abhängig.

- Im Landesverband bestehen durchaus widerstreitende Meinungen. Dies wird am Umgang mit den radikalen Haltungen bzw. an personellen Fragen deutlich. Inwieweit hier eine Professionalisierung stattfindet, wird darüber entscheiden, ob die Partei als seriös wahrgenommen wird.

Umgang mit (Rechts-)Populismus

- Stets sehr gut informiert sein und das Gegenüber nie unterschätzen; die eigenen Argumente müssen kurz, knapp und präzise sein. Lange Ausführungen sind nicht geeignet, um das Publikum für sich zu gewinnen.
- Sich nicht provozieren lassen und das Gegenüber keinesfalls aus einer ablehnenden Haltung heraus als dumm oder unfähig hinstellen. Dies würde nur den Opferdiskurs bestärken.
- Das letzte Wort in Debatten zu haben, ist gerade bei einem neutralen Publikum ein deutlicher Vorteil.
- Ein demokratisches und pluralistisches Weltbild zu verinnerlichen und dieses in die Gesellschaft zu tragen, bleibt Hauptaufgabe der *vita activa*.

Auswahlbibliografie

- Arzheimer, Kai (2015): The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? In: *West European Politics* 38 (3), S. 535–556.
- Bebnowski, David (2015): *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*. Wiesbaden: Springer VS.
- Behm Thomas (2015): Auf rechtem Kurs? Die Alternative für Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern. In: *Weiterdenken*, Heft 3. Schwerin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2015): Rechtsextremismus der Mitte. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 63 (9).
- Berbui, Nicole / Lewandowsky, Marcel / Siri, Jasmin (2015): The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? In: *German Politics* 24 (2), S. 154–178.
- Bolleyer, Nicole (2013): *New Parties in Old Party Systems. Persistence and Decline in 17 Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2015): Rechts in der Mitte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (40).
- Decker, Frank (Hrsg.) (2006): *Populismus in Europa*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Decker, Frank (2013): *Wenn die Populisten kommen. Beiträge zum Zustand der Demokratie und des Parteiensystems*. Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank / Henningsen, Bernd / Jakobsen, Kjetil (Hrsg.) (2015): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologie und neue Medien*. Baden-Baden: Nomos.
- Franzmann, Simon (2014): Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive. In: *MIP* 20 (1), S. 115–124.
- Häusler, Alexander (2013): *Die »Alternative für Deutschland« – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung*. Düsseldorf: Heinrich-Böll-Stiftung NRW.
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Häusler, Alexander / Roeser, Rainer (2016): Die »Alternative für Deutschland« – eine Antwort auf die rechtspopulistische Lücke? In: Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 101–128.
- Koschkar, Martin / Nestler, Christian / Scheele, Christopher (Hrsg.) (2013): *Politik in Mecklenburg-Vorpommern*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lewandowsky, Marcel (2015): Literaturbericht: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 25 (1), S. 119–134.
- Nestler, Christian (2015): Protest als Selbstzweck? Eine empirische Studie zu Protestzusammenhängen und Parteienwettbewerb in Deutschland. In: Kneuer, Marianne (Hrsg.): *Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung*. Baden-Baden: Nomos, S. 253–277.
- Nestler, Christian (2016): Die Alternative für Deutschland (AfD). Ein Spagat zwischen bürgerlich-konservativ und Rechtsaußen. In: Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): *RECHTS OBEN II. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten*. Waren (Müritz): RAA, S. 136–145.
- Nestler, Christian / Rohgalf, Jan (2014): Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs. In: *Zeitschrift für Politik* 61 (4), S. 389–413.
- Nestler, Christian / Rohgalf, Jan (i.P.): Circling the Wagons. The Alternative für Deutschland and the rise of euro-sceptic populism in Germany. In: Duszak, Anna / Karner, Christian (Hrsg.): *Discursively doing and undoing Europe*.
- Nestler, Christian / Rohgalf, Jan (i.P.): Mitte contra Mainstream. Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt. In: Karner, Christian / Kumięga, Łukasz (Hrsg.): *(Kon)texte des Politischen*.
- Nestler, Christian / Scheele, Christopher (Hrsg.) (2014): *Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern*. Rostock: Universität Rostock.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2014): Rechtsaußen, die Große Rezession und die Europawahl 2014. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64 (12), S. 16–24.
- Plehwe, Dieter / Schlögl, Matthias (2014): Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)-skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). *Discussion Paper* (SP III 2014-501), Berlin: WZB.
- Plehwe, Dieter (2014): Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die neue europäische Rechte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 59 (2), S. 63–72.
- Rohgalf, Jan (2015): Subsidiarität als Kampfbegriff. Politik und Emotionalisierung am Beispiel der AfD. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Emotionen und Politik*. Baden-Baden: Nomos, S. 297–316.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schöller, Steven (2016): *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Werz, Nikolaus (2013): Erscheinungsformen und Debatten um den »Populismus« in Deutschland. In: Gallus, Alexander / Schubert, Thomas / Thieme, Tom (Hrsg.): *Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse*. Baden-Baden: Nomos, S. 421–433.
- Werz, Nikolaus / Koschkar, Martin (Hrsg.) (2016): *Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte*. Wiesbaden: Springer VS.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen
VERANTWORTLICH: Heinrich-Böll-Stiftung NRW
Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
GESCHÄFTSFÜHRUNG: Iris Witt
FACHKONTAKT FÜR HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (BUND): Dr. Anne Ulrich
PROJEKTKOORDINATION: Benjamin Pfeifer
REDAKTION: Benjamin Pfeifer, Dr. Anne Ulrich
LEKTORAT: Enrico Wagner (pertext)
GESTALTUNG: Bureau Sandra Doeller
FOTOS: strassenstriche.net (Cover), Privat / Christian Nestler (Portrait)
ERSCHEINUNGSORT: gutvertreten.boell.de
ERSCHEINUNGSDATUM: April 2016



Dieser Beitrag steht unter einer CREATIVE COMMONS LIZENZ (CC BY-NC-ND) und darf verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors /der Autorin und der Rechteinhaberin (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung der Rechteinhaberin: internetredaktion@boell.de, ausführlicher Lizenzvertrag unter: <http://creativecommons.org>